

**Kantonsrat**

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 30. März 2026  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

### **A 484 Anfrage Wicki Martin und Mit. über die Sicherstellung von genügend sicheren Behandlungsplätzen und die Sicherstellung der Katastrophenmedizin im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Martin Wicki, vertreten durch Mario Bucher, ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Mario Bucher: Die Situation der Katastrophenmedizin im Kanton Luzern ist bei genauerem Hinschauen besorgniserregend. Offiziell wird von elf geschützten Sanitätsstellen und zwei geschützten Spitälern gesprochen. Doch ein Blick hinter die Zahlen zeigt: Einige zentrale Standorte, darunter das Luzerner Kantonsspital (LUKS) Luzern und Sursee, sind in schlechtem Zustand und nur bedingt einsatzfähig. Wenn ein grösseres Ereignis eintritt, stehen nicht genügend und sichere Behandlungsplätze bereit, um die Bevölkerung angemessen zu versorgen. Seit 2017 kann der Kanton den gesetzlich vorgeschriebenen Deckungsgrad von 0,6 Prozent nicht mehr erfüllen. Wir befinden uns seit acht Jahren in einer Unterdeckung, vorgesehen sind maximal zehn Jahre. Also eine gesetzliche Vorgabe, die nicht einfach aufgeschoben werden kann. Die geplante Verlagerung der Ersatzplätze vom LUKS Sursee im Neubau in Luzern ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch sie löst das Problem nur zentralisiert, zu spät und nicht in der gewünschten Anzahl. Mit Blick auf das prognostizierte Bevölkerungswachstum von über 30 Prozent bis 2055 ist klar: Wir brauchen mehr Schutzplätze und eine dezentrale Aufteilung im ganzen Kanton und nicht nur eine an wenigen Standorten konzentrierte. Heute haben wir 2451 Schutzplätze, was einer Unterdeckung von 176 Plätzen entspricht. Mit den geplanten 418 Plätzen in Sursee, die ersetzt werden und zu denen 594 Schutzplätze hinzu kommen sollen, nach den wachstumsbedingten Plätzen von 859 Stück, also zur Erinnerung 1453 Plätze heute, brauchen wir aber 2627. Das ist eine grosse Aufgabe, die hier eher beschwichtigt wird. Es ist zwar unangenehm, über das Bevölkerungswachstum und die Unterdeckung zu sprechen, aber es bedeutet nicht nur mehr Wirtschaftswachstum und mehr Steuereinnahmen, sondern auch mehr Schulraum, Schulinvestitionen, Infrastrukturinvestitionen und auch Schutzplätze in genügender Anzahl bereitzustellen und damit Investitionen zu tätigen. Wachstum ist keine Einbahnstrasse. Deshalb stellt sich die Frage, ob das Wachstum mehr Kosten verursacht, als es uns wirklich bringt. Wir sehen es so: Der Kanton Luzern hat ein strukturelles Problem. Es fehlen Schutzplätze, zentrale Standorte sind veraltet und die Neubauten lösen das Problem nur bedingt. Es ist unsere Pflicht, sofort zu handeln, statt den zukünftigen Plänen zu vertrauen. Die Bevölkerung muss sich darauf verlassen können, dass im Ernstfall die Infrastruktur funktioniert und jeder Patient Hilfe erhält. Dass soll höher gewichtet werden als

alle anderen Ausgaben. Es ist die Pflicht der Regierung, dass sie das umsetzt. Bitte gehen Sie das an.

Thomas Oehen: Der Anfragende zeigt sich besorgt über genügend Behandlungsplätze und die Sicherstellung der Katastrophenmedizin im Kanton Luzern. Mit seinen Antworten zeigt der Regierungsrat auf, dass er sich seiner Pflicht bewusst und für genügend Versorgungsplätze im Katastrophenfall besorgt ist. Zurzeit, mit den Investitionen in eine neue Spitalinfrastruktur, werden auch diese zum Teil erneuert und für eine genügende Anzahl gesorgt. Es bleibt aber auch festzuhalten, dass wir es uns nicht leisten können, für jede denkbare Eventualität eine vollständige Vorhalteleistung bereitzustellen. Das ist weder realistisch noch umsetzbar. Bei Grossereignissen sind wir deshalb auf gegenseitige Unterstützung angewiesen, so wo es in der Schweiz bereits vielfach praktiziert wird. Die Katastrophenmedizin folgt genau diesem Grundsatz. Zunächst werden möglichst viele Patientinnen und Patienten grundversorgt, anschliessend erfolgt abhängig vom individuellen Verletzungsbild und den spezifischen Bedürfnissen eine gezielte Verlegung an geeignete Behandlungsstandorte. So kann mit unserem Gesundheitssystem im Katastrophenfall eine grosse Anzahl von Verletzten schnell und gut versorgt werden.

Marcel Budmiger: Die Antwort des Regierungsrates zeigt klar, dass die Plätze vorhanden sind. Sie sind nicht in einem guten Zustand und liegen auch sehr zentral. Eine gewisse Zentralität macht sicher Sinn und ist effizient, aber eine Verteilung im ganzen Kanton und nicht nur an den LUKS-Standorten wäre wünschenswert oder ist sogar zwingend. Die Vorgaben werden zurzeit knapp nicht erfüllt. Die Regierung ist aber dran. Wenn wir ehrlich sind, gibt es noch viele andere gesetzliche Vorgaben, die nicht erfüllt werden, beispielsweise beim Gewässerschutz oder der Luftreinhalteverordnung. Das verkürzt Menschenleben und ist eine Gefahr für die Sicherheit der Luzerner Bevölkerung. Auch beim Behindertenstellungsgleichsetzungsgesetz ist man sich nicht zu schade, die gesetzlichen Vorlagen auf später zu verschieben. Was die gegenseitige Unterstützung angeht, kann ich Thomas Oehen beipflichten. Das haben wir auch bei Crans Montana gesehen. Der Kanton Luzern und die Schweiz können bei einem wirklichen Katastrophenfall nicht alles allein machen. Das heisst aber nicht, dass es nicht genügend Schutzplätze braucht. Ich wiederhole mich bezüglich Wachstum: Ja, Wachstum ist teurer, aber die Subventionen im Rahmen der Standortförderung, um das Wachstum zu fördern, sind viel teurer als die Nebenkosten der von Ihnen verursachten Zuwanderung.

Philipp Bucher: Mit dieser Anfrage werden interessante Fragen gestellt, zweifellos. Unweigerlich kommt in mir die Erinnerung hoch an die eindrucksvolle Besichtigung der Zivilschutzanlage Sonnenberg im Jahr 1976. Das war noch zu Zeiten des kalten Krieges. Der Einsatz von Atomwaffen war so ziemlich das schrecklichste Szenario. Dagegen galt es vorzubeugen. Etwa zehn Jahre später wurde in meiner Wohngemeinde Dagmersellen die Sporthalle «Chrüz matt» gebaut. Im Untergeschoss ist eine geschützte Sanitätsstelle eingerichtet. Auch hier war wohl die Versorgung in einem Katastrophenfall der Grund für den Bau dieser Anlage. In der Zwischenzeit ist viel geschehen. Vieles hat sich verändert, auch was die ganzen Themen rund um Verteidigung, Zivilschutz und Versorgung im Katastrophenfall betrifft. Die aktuelle geopolitische Lage zeigt uns, dass wir alle in den letzten Jahrzehnten einiges vernachlässigt haben. Das kommt auch in der vorliegenden Anfrage zum Ausdruck. So ist es nicht überraschend, dass die Regierung bestätigen muss, dass der Deckungsgrad der Schutzplätze im Verhältnis zur Bevölkerungszahl von 0,6 Prozent nicht mehr erreicht wird. Aber liegt das nur in der Verantwortung der Regierung? Seien wir ehrlich: Wer hat beim Bau des Eigenheims lieber den Ersatzbeitrag geleistet, statt tatsächlich einen Schutzraum zu bauen? Wie auch immer. Lange Rede kurzer Sinn: Der Bedarf ist erkannt und ein

Lösungsansatz vorhanden. Für die FDP-Fraktion ist die Antwort der Regierung schlüssig und nachvollziehbar.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Es wäre schön, ich müsste Ihnen das nicht sagen, aber die Anfrage findet natürlich in einer Zeit statt, in der dieses Thema wieder aktuell wird, oder aktueller ist denn je, denn wir müssen diese Frage auch im Kontext der aktuellen geopolitischen Lage neu evaluieren und neu einordnen. Wir haben es gerade gehört, und ich teile diese Einschätzung von Philipp Bucher: Die geopolitische Lage ist unsicher, sie ist sogar deutlich unsicherer geworden. Konflikte, hybride Bedrohungen und auch Erfahrungen aus der Pandemie zeigen uns, dass ausserordentliche Lagen keine theoretischen Szenarien mehr sind. Und ohne der Sicherheits- und Justizdirektorin hier in ihr Departement eingreifen zu wollen: Die geopolitische Lage ist auch in militärischer Hinsicht äusserst anspruchsvoll. Es zeigt uns, und das sind auch die Warnungen, die wir erhalten, dass die Situationen schneller eintreten können, als wir uns dies lange vorgestellt haben oder wünschen würden. Genau deshalb ist es richtig, dass wir unsere Systeme überprüfen, weiterentwickeln und anpassen. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in ausserordentlichen Lagen – hier geht es um die Katastrophenmedizin und um Schutzplätze – verlangt vor allem die Frage: Sind wir vorbereitet? Der Regierungsrat hat sich damit auseinandergesetzt und zeigt in seinen Antworten: Wir sind vorbereitet. Sie merken, ich zöge ein bisschen, aber wir müssen uns weiterentwickeln, da die Zustände verbessert werden müssen. Im Kanton Luzern bestehen heute elf geschützte Sanitätsstellen und zwei geschützte Spitäler zur Verfügung. Gleichzeitig ist auch klar, dass das gesetzliche Soll von 0,6 Prozent Schutzplätzen aktuell knapp nicht erreicht wird. Das ist aber kein neuer Zustand, er ist seit Jahren so, und er ist erklärbar. Aber entscheidend ist, dass unser Rat dies erkannt hat und Massnahmen prüft. Wir stehen ein wenig vor einem Wandel im System. Auch der Bund richtet seine Strategie neu aus, weg von statischen Anlagen hin zu flexiblen, rasch aktivierbaren Lösungen. Der Kanton Luzern geht diesen Weg mit. Die fehlenden Schutzplätze sollen im Rahmen des Neubaus am LUKS geprüft werden, ob man sie hier unterbringen kann. Gleichzeitig wird die Planung an die zukünftigen Anforderungen angepasst werden müssen. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Zusammenarbeit, vor allem mit dem Nationalen Verbund Katastrophenmedizin (KATAMED). Wir haben festgestellt, dass bei Grossereignissen, ein Stichwort ist Cran Montana, die Katastrophenmedizin unter dem Kanton und dem Bund funktioniert hat und dass sie nicht isoliert ist, sondern dass wir gut eingebettet sind in einem Verbund, national, regional, sogar international. Genau hier setzt die Strategie an: Wir müssen hier gemeinsam hier unterstützen. Was heisst das konkret? Wir müssen die Katastrophenmedizin auch im Kanton Luzern die Katastrophenmedizin weiterentwickeln und die Infrastruktur überprüfen und anpassen. Das tun wir. In diesem Sinn bitte ich Sie, den eingeschlagenen Weg des Regierungsrates, der zu einem späteren Zeitpunkt sicher noch im Detail vorgestellt wird, auch zu tragen.